

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Diskriminierung nationaler Jugendarbeit beenden

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die fortwährende Diskriminierung und Ungleichbehandlung nationaler und volkstreuere Jugendarbeit unverzüglich zu beenden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Am 6. August 2008 haben Polizeikräfte bei Hohen Sprenz (Kreis Güstrow) ein Zeltlager der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) unter dem Vorwand aufgelöst, dass dort „verfassungsfeindliche Umtriebe“ stattgefunden hätten. Durch das rücksichtslose Vorgehen der Beamten wurden die Kinder massiv eingeschüchtert. Es hat eine Durchsuchung der Zelte stattgefunden. Die Ordnungskräfte drohten sogar die Verbringung der Kinder in Heime an.

Die Stellungnahmen, die Staatssekretäre und führende Regierungspolitiker der Landesregierung zu diesem Vorgang abgegeben haben, legen den Schluss nahe, dass dieser offenkundige Willkürakt gegen Kinder und Jugendliche unter führender Beteiligung einiger Stellen der Landesregierung geplant und durchgeführt wurde.

Dieser Eindruck drängt sich auch deshalb auf, da der beim Amtsgericht Güstrow erwirkte Beschluss vom 07.08.2008 die Durchsuchung der Zelte auch zur Nachtzeit ausdrücklich anordnete.

Die Landesregierung und ihre zuständigen Minister sind als Organe der Exekutive gehalten, für alle Bürger da zu sein. Die Verfolgung nationaler und volkstreuer Jugendarbeit durch Politik, Justiz und Polizei ist rechtswidrig.